



Franziska Eischer  
Pressereferentin der ABJ

0160-90759074

[presse@abj.bllv.de](mailto:presse@abj.bllv.de)  
<http://abj.bllv.de>

4. Februar 2014

# Pressemitteilung

## Junglehrer fordern Einhaltung der Zusagen

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ) im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) übergibt Petition an den Bildungsausschuss und hofft auf Antworten hinsichtlich der derzeitigen Planstellendiskussion.

**München - In einer Petition an den Bayerischen Landtag fordert die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ) im BLLV, dass nicht angetretene Planstellen in der Zukunft nicht mehr durch Angestelltenverträge ersetzt werden sollen. Die Junglehrer möchten damit die gängige Praxis beendet wissen, nach der auch im vergangenen Schuljahr wieder freie Planstellen durch befristete „billige“ Angestelltenverträge ersetzt wurden. Insgesamt haben bisher über 10.000 Unterstützer die Petition unterschrieben, die am 05. Februar 2014 um 17 Uhr im Landtag im Raum EN 115 an die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen übergeben wird.**

Die Hiobsbotschaften aus dem Kultusministerium in den vergangenen zwei Wochen, liegen der Vorsitzenden der ABJ, Kerstin Polster, noch schwer im Magen. Sie und ihre Mitpetenten gehen am Mittwoch mit vielen offenen Fragen zur Petitionsübergabe in den Landtag. „Junge Kollegen mit einem 1,0 Staatsexamen bekommen keine Arbeit, 830 Stellen in den Schulen werden einfach gestrichen und an die Unis verschoben und als Krönung sollen die vorhandenen Lehrer ihre Präsenzzeiten erhöhen! Was will uns das Kultusministerium denn noch aufbürden?“ Dementsprechend gespannt sehen die ABJ-Vertreter nun ihrem Termin im Bildungsausschuss entgegen und hoffen darauf, dass sie nicht nur die Petition übergeben dürfen, sondern dass ihnen die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen auch Rede und Antwort stehen, was sie von der desaströsen Marschrichtung des Kultusministeriums halten.

In der Petition fordern die Junglehrer, dass nicht angetretene Planstellen, nicht in kurzfristige, befristete Angestelltenverträge umgewandelt, sondern als langfristige, feste Planstellen an Wartelistenkandidaten weitergegeben werden. „Viele unserer jungen Kolleginnen und Kollegen hoffen und bangen jedes Jahr, ob sie endlich eine Stelle bekommen und werden dann doch wieder vertröstet. Nur wird es aber im Herbst vielleicht gar keine Planstellen mehr geben, die weiterverteilt werden können, wenn die Regierung die Stellenstreichungen wirklich durchzieht!“, so Polster. Der Nichtantritt einer Planstelle erfolgt meist aus privaten Gründen, da der Großteil von Planstellen in Oberbayern liegt und es nicht für jede Lehrkraft möglich ist, diese

anzutreten. Oft spielen hierbei familiäre Gründe eine Rolle, so die ABJ-Vorsitzende Kerstin Polster. Das wäre nicht schlimm, wenn nicht auf den Wartelisten noch Hunderte von Lehrkräften auf eine Anstellung warten würden, die jetzt vielleicht endgültig leer ausgehen. Die ABJ sieht in dieser Einstellungspraxis besonders auch die Folgen für die betroffenen Schulen: Kontinuität in der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern sei durch ständige Wechsel in den Kollegien nicht machbar.

Auch wenn das Kultusministerium scheinbar anderer Meinung ist, findet sich derzeit in ganz Bayern kein Schulleiter, der zu viel Personal hat. „Die versprochenen 1.000 Euro für denjenigen Schulleiter, der an seiner Schule keine weiteren Lehrkräfte mehr braucht, weil er ausreichend versorgt ist, um alle Reformvorhaben umzusetzen, sind noch immer zu haben. Wir hatten bisher keinen einzigen Schulleiter, der das Geld für sich beanspruchen hätte können“, so die Vorsitzende.